
ECONtribute **Policy Brief No. 038**

Sorgen der Menschen um den Klimaschutz: Wie zufrieden sind die Deutschen mit der Klimapolitik? Wie groß ist die Sorge vor den Folgen des Klimawandels?

Armin Falk

Mark Fallak

Lasse Stötzer

September 2022

www.econtribute.de

briq policy monitor

Armin Falk, Mark Fallak, Lasse Stötzer

Sorgen der Menschen um den Klimaschutz

*Wie zufrieden sind die Deutschen mit der
Klimapolitik? Wie groß ist die Sorge vor
den Folgen des Klimawandels?*

briq policy monitor #6 | 1. September 2022

Armin Falk, Mark Fallak, Lasse Stötzer

Sorgen der Menschen um den Klimaschutz

Wie zufrieden sind die Deutschen mit der Klimapolitik?
Wie groß ist die Sorge vor den Folgen des
Klimawandels?

briq – Institute on Behavior & Inequality

Schaumburg-Lippe-Str. 5-9
53113 Bonn
Deutschland

Pressekontakt:

Mark Fallak, Head of Communications
E-Mail: mark.fallak@briq-institute.org
Tel.: +49-228-3894-223

© 2022 briq

Datennutzung unter Nennung der Quelle vergütungsfrei.

Kurzfassung

Viele Deutsche sind bereit, für mehr Klimaschutz auf persönliche Freiheiten zu verzichten

Die Mehrheit der Deutschen hält die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung des Klimawandels für unzureichend und wäre bereit, für besseren Klimaschutz persönliche Freiheiten zu opfern. Diese Ansicht könnte Ausdruck der ausgeprägten Besorgnis über den Klimawandel und seine Folgen sein. Zur Abfederung der sozialen Kosten des Klimaschutzes spricht sich eine Mehrheit für einen Klima-Soli aus.

In einer repräsentativen Umfrage unter rund 2.000 Menschen in Deutschland waren fast zwei Drittel der Meinung, die Bundesregierung unternehme zu wenig gegen den Klimawandel. Auch in der Wählerschaft der Regierungsparteien zeigte sich die Mehrheit unzufrieden.

Dass der Staat Solar- und Windenergie noch stärker fördern sollte, meinen 89 Prozent der Befragten. Die massive Beschleunigung des Ausbaus von Windrädern unterstützen auch dann noch knapp 74 Prozent, wenn dafür die Genehmigungsverfahren verkürzt und die Mindestabstände verringert werden müssten. Weniger Zustimmung mit jeweils rund 60 Prozent finden die Forderungen nach strikten Ausstoßlimits für Gas- und Kohlekraftwerke sowie einer Erhöhung der CO₂-Steuer.

Über 80 Prozent sind für eine Einstellung von Inlandsflügen unter der Voraussetzung, dass das Bahnnetz ausgebaut wird. Gut zwei Drittel könnten sich mit einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen anfreunden. Beide Vorschläge wären in fast allen Wählerschaften mehrheitsfähig – mit Ausnahme des Tempolimits, das zwar mehr als die Hälfte der FDP-Wähler unterstützen würden, aber weniger als 42 Prozent der AfD-Wähler.

Auch Anreize zur Änderung des Konsumverhaltens stoßen mehrheitlich auf Zustimmung. Dazu zählen die einheitliche Kennzeichnung der CO₂-Emissionen für Lebensmittel und Konsumgüter sowie eine stärkere Subventionierung klimafreundlichen Verhaltens. Eine Verteuerung klimaschädlicher Fleisch- und Milchprodukte würden hingegen nur 48 Prozent gutheißen. Zwei Drittel würden einen Klima-Soli befürworten, um einkommensschwächeren Haushalten bei der Finanzierung von Mehrausgaben für den Klimaschutz unter die Arme zu greifen.

Die hohe Bereitschaft, Kosten oder Einschränkungen in Kauf zu nehmen, spiegelt die breite Besorgnis vor den Folgen des Klimawandels wider. Eine große Mehrheit von 78 Prozent fühlt sich dadurch beunruhigt – jeder Dritte ist laut Umfrage sogar „sehr beunruhigt“. Knapp 84 Prozent der Deutschen sehen es als Verpflichtung an, die Umwelt für nachfolgende Generationen zu schützen. Eine knappe Mehrheit von 56 Prozent geht noch weiter und fordert, die Bundesregierung solle bei klimapolitischen Entscheidungen die Bedürfnisse junger und zukünftiger Generationen stärker gewichten als die von älteren Menschen.

Ergebnisse im Detail

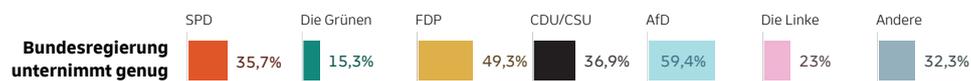
Staatliche Maßnahmen

Der Politik kommt beim Klimaschutz eine entscheidende Rolle zu, denn Änderungen individueller Lebensgewohnheiten allein werden zur Bekämpfung des Klimawandels nicht ausreichen. Ist die deutsche Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden? Welche Maßnahmen unterstützen die Menschen, welche sind unbeliebt?

Wir haben in einer deutschlandweit repräsentativen Umfrage die Meinungen und Überzeugungen zum Klimawandel von 2.002 Personen erhoben. Diese Ausgabe des *briq policy monitor* geht den Fragen nach, welche staatlichen Maßnahmen eine breite Unterstützung finden und wie groß die Sorge der Menschen vor den Auswirkungen des Klimawandels ist.

Fast zwei Drittel (65 Prozent) der Deutschen sind der Meinung, die Bundesregierung unternehme zu wenig gegen den Klimawandel. Auch in der Wählerschaft der Regierungsparteien ist die Unzufriedenheit stark ausgeprägt. Nur 15 Prozent der Grünen-Wähler halten die Maßnahmen für ausreichend.

Abb. 1: Zufriedenheit mit der deutschen Klima-Politik



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.002 Befragten.

Rund 85 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Deutschen den Klimawandel bekämpfen sollten; 71 Prozent gaben an, selbst zu versuchen, etwas dagegen zu unternehmen. Diese Bereitschaft zeigt sich auch in der von uns durchgeführten Spendenentscheidung (vgl. *briq policy monitor #3*), in der die Befragten einen Geldbetrag von 198 Euro zwischen sich und einer Klimaschutz-Organisation aufteilen konnten: Im Durchschnitt spendeten sie 96 Euro – genug immerhin, um knapp die Hälfte des jährlichen Pro-Kopf-Ausstoßes an CO2 auszugleichen.

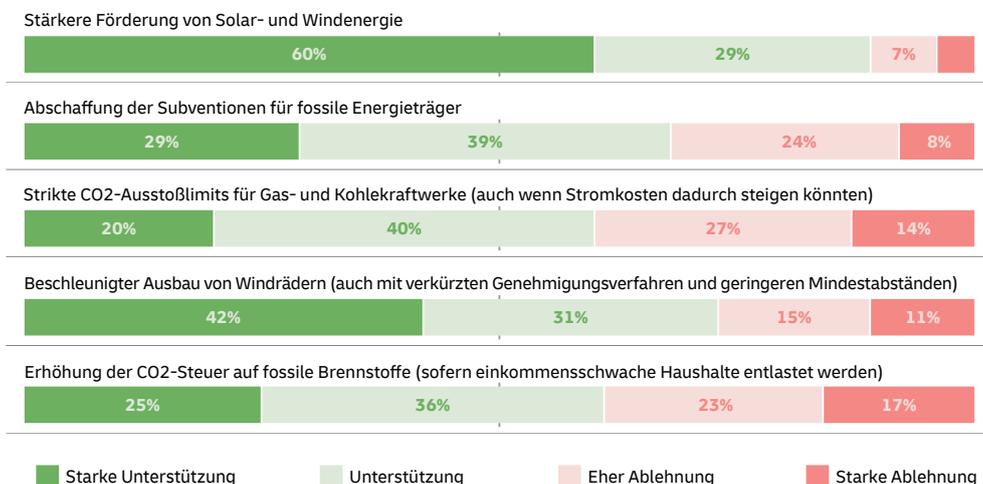
Über 70 Prozent der Menschen würden auch Maßnahmen akzeptieren, die die individuelle Entscheidungsfreiheit einschränken, etwa beim Fleischkonsum oder der Mobilität. Die folgende Analyse zeigt, welche staatlichen Maßnahmen die meiste Unterstützung erfahren und wovon diese abhängt.

Energie

Der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energiequellen ist eine der klimapolitischen Kernaufgaben. Ein Großteil der Bevölkerung zeigt sich bereit für eine zügige Energiewende. So sprechen sich 89 Prozent der Befragten dafür aus, dass der Staat Solar- und Windenergie noch stärker fördern sollte. Die massive Beschleunigung des Ausbaus von Windrädern unterstützen auch dann noch knapp 74 Prozent, wenn dafür die Genehmigungsverfahren verkürzt und die Mindestabstände verringert werden müssten. Die Abschaffung der verbleibenden Subventionen auf fossile Energieträger halten 68 Prozent für angezeigt. Weniger Zustimmung (mit jeweils rund 60 Prozent) finden die Forderungen nach strikten Ausstoßlimits für Gas- und Kohlekraftwerke, die sich in höheren Energiekosten niederschlagen könnten, sowie einer sozialverträglichen Erhöhung der CO2-Steuer auf Wärme und Verkehr.

Abb. 2: Unterstützung für Politikmaßnahmen

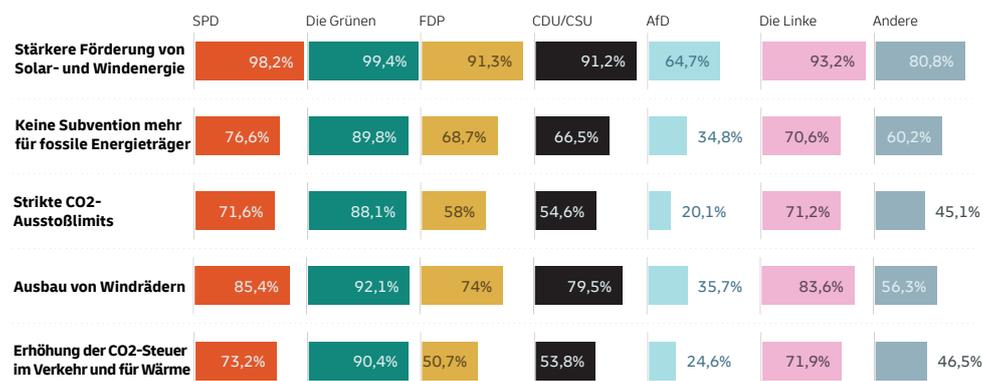
Maßnahmen im Bereich Energie



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.002 Befragten. Abweichung von 100% rundungsbedingt.

Am geringsten ist die Unterstützung klimapolitischer Maßnahmen in der AfD-Wählerschaft. Zwischen den Anhängern der Regierungsparteien besteht die größte Diskrepanz bei der Erhöhung der CO2-Steuer auf fossile Brennstoffe im Verkehr und für Wärme. Nur eine knappe Mehrheit der FDP-Wählerschaft würde eine solche Maßnahme unterstützen.

Abb. 3: Unterstützung für Politikmaßnahmen (nach Parteipräferenz)



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.002 Befragten.

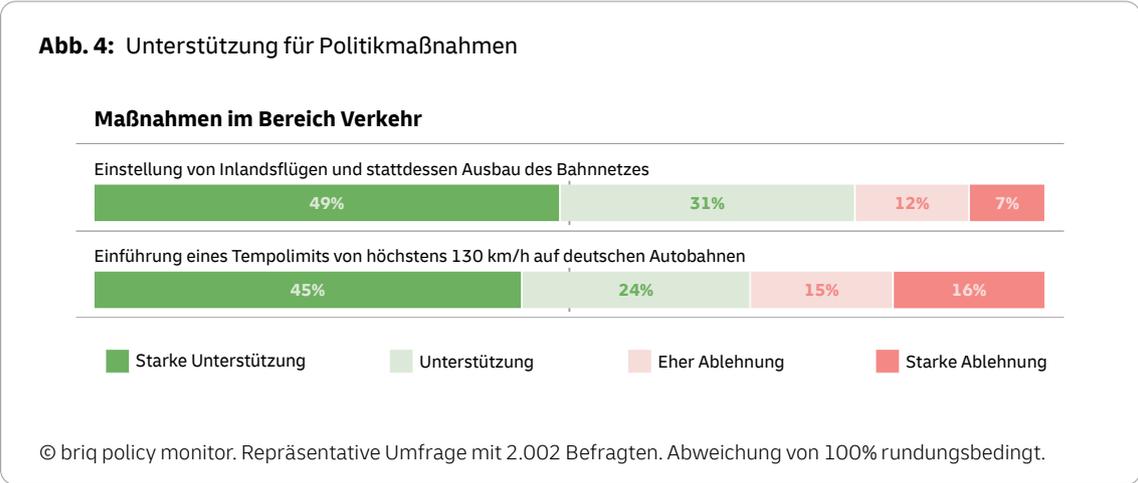
Neben den politischen Präferenzen spielen für die Unterstützung der Maßnahmen die ökonomischen Präferenzen (Geduld, Altruismus und positive Reziprozität) eine signifikante Rolle, ebenso das Vertrauen in die Wissenschaft und die Klimaskepsis der Befragten. Bei der Erhöhung der CO2-Steuer zeigt sich, dass die Unterstützung mit der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens abnimmt:

Einkommen	Unter 1300 €	1300 bis 2600 €	2600 bis 3600 €	3600 bis 5000 €	Über 5000 €
Zustimmung	71,7%	60,4%	58,0%	56,4%	54,1%

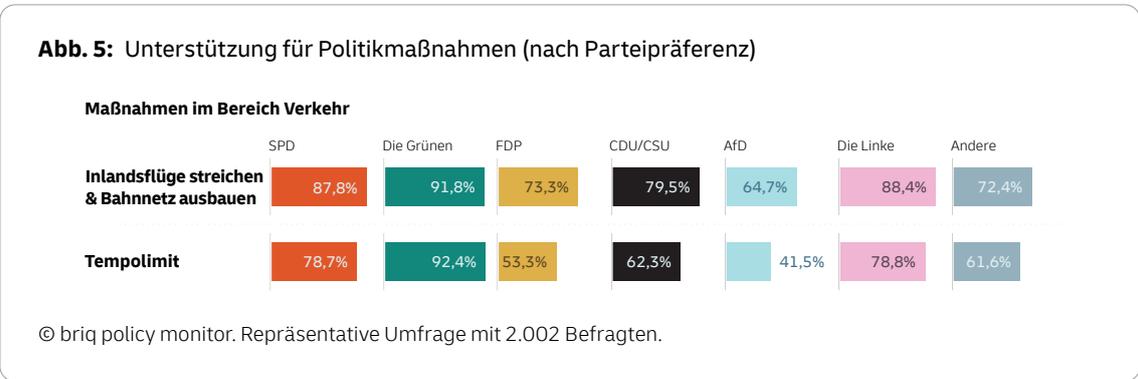
Der beschleunigte Ausbau von Windrädern wird in Ostdeutschland etwas kritischer gesehen (63 Prozent Zustimmung), während im Westen 77 Prozent der Befragten die Forderung unterstützen.

Verkehr

Auch bei der Umstrukturierung des Verkehrs unterstützen die Deutschen tiefgreifende Maßnahmen. Über 80 Prozent sind für eine Einstellung von Inlandsflügen unter der Voraussetzung, dass das Bahnnetz ausgebaut wird. Gut zwei Drittel (69 Prozent) könnten sich mit einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen anfreunden.



Zwar zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Parteipräferenz (siehe Abb. 5), aber beide Vorschläge wären in fast in allen Wählerschaften mehrheitsfähig – mit Ausnahme des Tempolimits auf Autobahnen, für das sich nur knapp 42 Prozent der AfD-Anhänger erwärmen könnten.

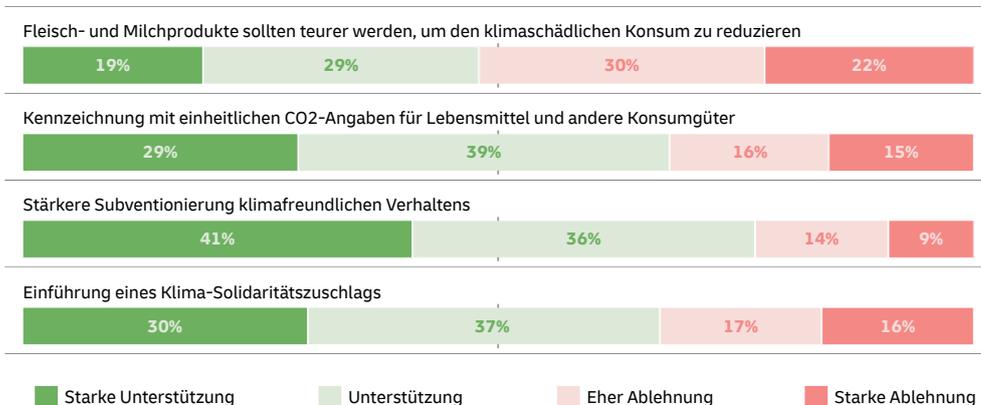


Konsumverhalten und Solidarität

Auch einige der möglichen Anreize zur Änderung des Konsumverhaltens finden eine Mehrheit in der Bevölkerung (siehe Abb. 6). Dazu zählen die einheitliche Kennzeichnung der CO2-Emissionen für Lebensmittel und Konsumgüter (72 Prozent Zustimmung) und eine stärkere Subventionierung klimafreundlichen Verhaltens (77 Prozent). Beim Fleischkonsum sehen die Menschen staatliche Eingriffe allerdings kritischer: Eine Verteuerung klimaschädlicher Fleisch- und Milchprodukte würden nur 48 Prozent gutheißen – eine breite Zustimmung von 78 Prozent findet dieser Vorschlag lediglich in der Grünen-Wählerschaft (siehe Abb. 7).

Abb. 6: Unterstützung für Politikmaßnahmen

Maßnahmen im Bereich Konsumverhalten und Solidarität



© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.002 Befragten. Abweichung von 100% rundungsbedingt.

Da die finanzielle Belastung durch den Klimaschutz die Menschen unterschiedlich hart trifft, könnte ein Klima-Soli zur Umverteilung zwischen einkommensstärkeren und -schwächeren Haushalten herangezogen werden. Zwei Drittel (66 Prozent) der Deutschen würden eine solche Lösung unterstützen.

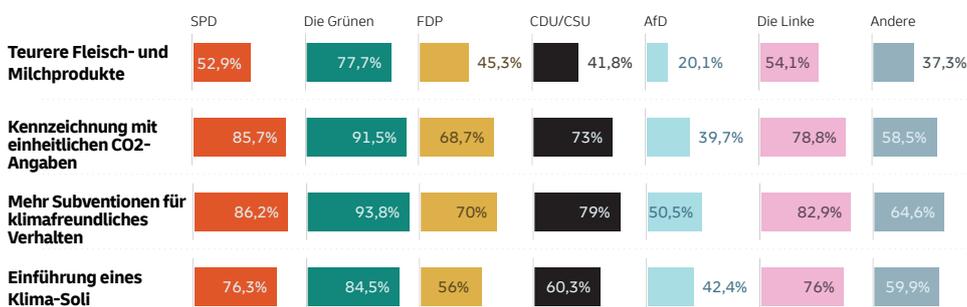
Erwartungsgemäß nimmt die Zustimmung mit dem Haushaltseinkommen ab: Während sich 72 Prozent der Menschen mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 2.600 Euro für Solidaritätszahlungen aussprechen, sind es bei den Befragten mit höherem Einkommen nur 60 Prozent. Dadurch ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Zustimmung zur Erhöhung der CO2-Preise:

Einkommen	Unter 1300 €	1300 bis 2600 €	2600 bis 3600 €	3600 bis 5000 €	Über 5000 €
Zustimmung	81,4%	68,0%	60,4%	62,2%	54,1%

Auch hier variieren die Zustimmungswerte stark zwischen den Parteien. Mit Ausnahme der AfD-Anhänger wäre der Klima-Soli jedoch in allen Wählerschaften mehrheitsfähig.

Abb. 7: Unterstützung für Politikmaßnahmen (nach Parteipräferenz)

Maßnahmen im Bereich Konsumverhalten und Solidarität

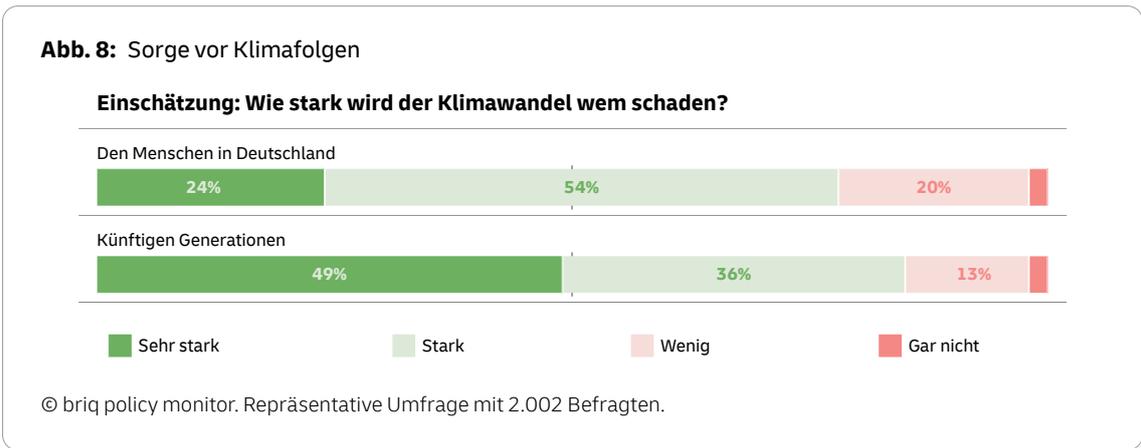


© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.002 Befragten.

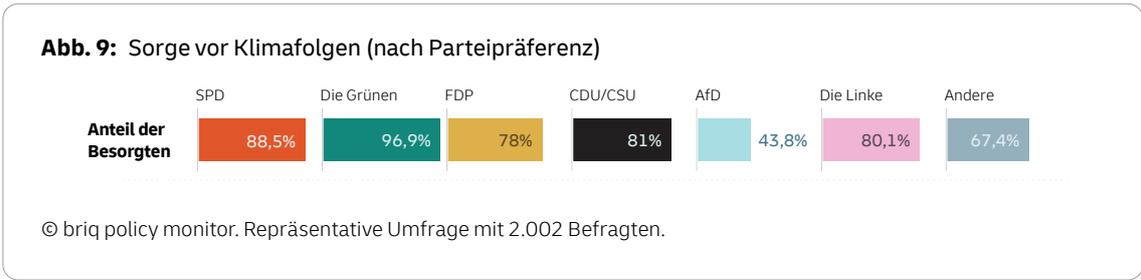
Sorgen der Menschen

Dürren, Starkregen, Hochwasser, ein deutlicher Anstieg der Hitzetage. Die Folgen des Klimawandels werden selbst bei effektivem Klimaschutz einschneidend sein. Wie besorgt sind die Deutschen?

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung (78 Prozent) zeigt sich angesichts des Klimawandels beunruhigt – jeder Dritte ist laut Umfrage sogar „sehr beunruhigt“. Ebenfalls rund 78 Prozent gehen davon aus, dass der Klimawandel den Menschen in Deutschland massiv schaden wird, für künftige Generationen erwarten dies 85 Prozent – von „sehr starken“ Schäden gehen für Deutschland 24 und für künftige Generationen 49 Prozent aus (siehe Abb. 8).



Frauen (82 Prozent) äußern sich beunruhigter durch den Klimawandel als Männer (75 Prozent). Auch ökonomische Präferenzen spielen eine wichtige Rolle: Altruistische und geduldige Menschen sind stärker beunruhigt. Gleiches gilt für Menschen mit hohem Vertrauen in die Wissenschaft, während Klimaskeptiker (Definition siehe [briq policy monitor #5](#)) deutlich weniger besorgt sind. Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede nach Parteipräferenz (siehe Abb. 9) und Bildungsabschluss.



Die Generationengerechtigkeit ist ein zentraler Aspekt beim Thema Klimawandel. Viele Folgen der globalen Erwärmung werden erst in einigen Jahrzehnten zu spüren sein. Knapp 84 Prozent der Deutschen sehen es daher als Verpflichtung an, die Umwelt für nachfolgende Generationen zu schützen, und wären auch bereit, dafür Kosten auf sich zu nehmen (50 Prozent stimmen dieser Aussage „voll und ganz“ zu, 34 Prozent stimmen „eher“ zu).

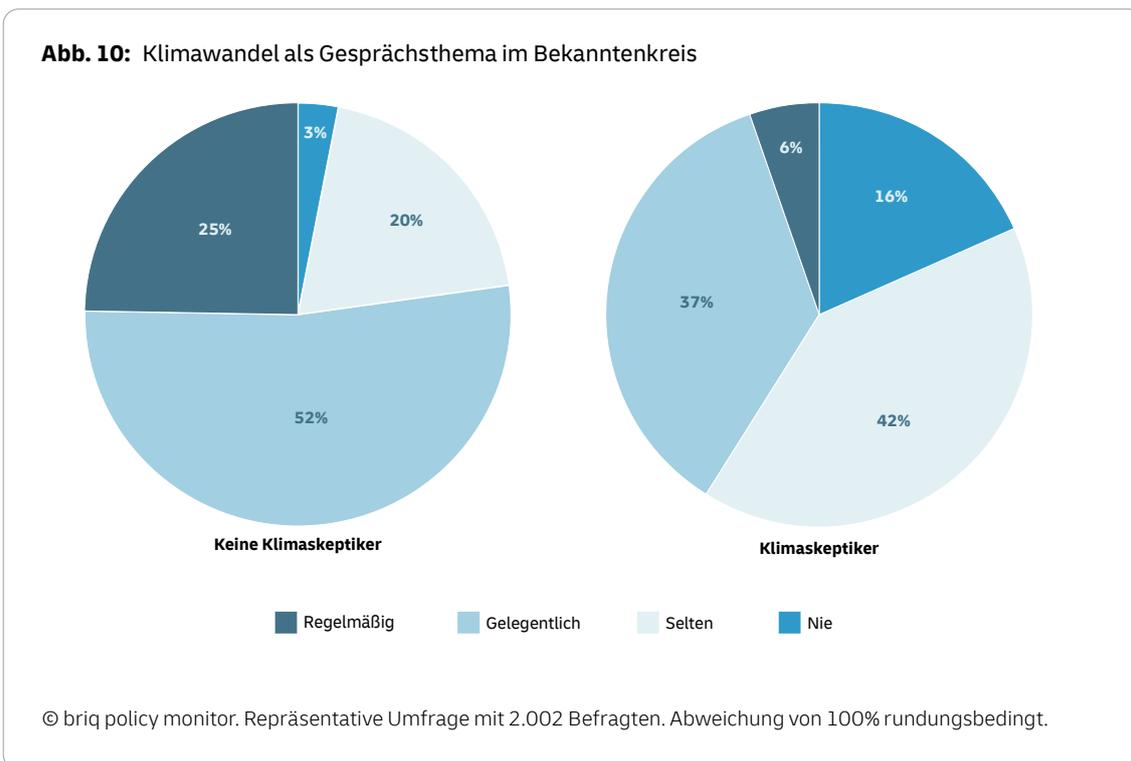
Eine knappe Mehrheit von 56 Prozent geht noch weiter und fordert, die Bundesregierung solle bei klimapolitischen Entscheidungen die Bedürfnisse junger und zukünftiger Generationen stärker gewichten als die von älteren Menschen. Die Zustimmung zu dieser Forderung hängt – wenig überraschend – vom Alter der Befragten ab: Über 63 Prozent der Unter-30-Jährigen wären dafür, aber nur knapp 52 Prozent der Befragten zwischen 50 und 60 Jahren.

Wie stark der Klimawandel insbesondere die jüngere Generation beschäftigt, zeigt sich auch darin, dass zwei Drittel (67 Prozent) der Unter-30-Jährigen angeben, dass der Klimawandel und seine möglichen Folgen ihre Zukunftsentscheidungen beeinflusst – in der Gesamtbevölkerung geben dies nur 52 Prozent an.

Vor allem bei den Themen Sparen (Geld, Energie, Wasser, Konsum etc.) und Wohnen spielt der Klimawandel eine Rolle. Fast 47 Prozent der Unter-30-Jährigen gaben an, ihr Sparverhalten angepasst zu haben, 28 Prozent auch ihre Familienplanung.

Ein weiteres Maß für die Bedeutung des Klimawandels ist die Häufigkeit, mit der darüber gesprochen wird. Für 70 Prozent der Deutschen ist der Klimawandel ein Thema, über das sie gelegentlich oder regelmäßig mit ihrer Familie, Freunden oder Kollegen sprechen.

Je stärker sich Menschen privat mit dem Klimawandel auseinandersetzen und ihn als Bedrohung wahrnehmen, desto mehr sprechen sie darüber. Umgekehrt setzen sich Klimaskeptiker deutlich seltener in ihrem sozialen Umfeld mit dem Thema auseinander (siehe Abb. 10):



Methodik

Stichprobe und Umfragemodule

Die Umfragedaten wurden mittels einer repräsentativen Stichprobe von 2.002 Erwachsenen mit Wohnsitz in Deutschland erhoben. Die Datenerhebung mit dem Online-Umfragetool Qualtrics erfolgte zwischen dem 15. und 28. Juli 2022 in Kooperation mit dem Marktforschungsunternehmen Pureprofile. Die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden wurde mit einer speziellen Frage überprüft.

Die Stichprobe ist so geschichtet, dass sie der jeweiligen erwachsenen deutschen Bevölkerung in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund entspricht. 48,25 Prozent sind Männer, das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 51,8 Jahren, das monatliche Mediannettoeinkommen zwischen 1.600 und 2.600 Euro. 22,98 Prozent der Befragten wohnen in Ostdeutschland (mit Berlin), 32,57 Prozent in Städten mit über 100.000 Einwohnern.

Fragebogen-Items: Sorgen um Klimawandel und Unterstützung für Politikmaßnahmen

Sorgen

	Frage	Antwortskala
Beunruhigt durch Klimawandel	Wie sehr beunruhigt Sie der Klimawandel?	Beunruhigt mich sehr / Beunruhigt mich / Beunruhigt mich kaum / Beunruhigt mich gar nicht
Schaden für Deutschland	Was denken Sie: Wie sehr wird der Klimawandel den Menschen in Deutschland schaden?	Sehr stark / Stark / Wenig / Gar nicht
Schaden für künftige Generationen	Was denken Sie: Wie sehr wird der Klimawandel künftigen Generationen von Menschen schaden?	Sehr stark / Stark / Wenig / Gar nicht
Einfluss auf Zukunftsentscheidungen	Beeinflussen der Klimawandel und seine möglichen Folgen Ihre Zukunftsentscheidungen, beispielsweise in Bezug auf Familie, Karriere, Wohnen oder Sparen?	Ja / Nein
Zukunftsentscheidungen (Nur wenn Einfluss auf Zukunftsentscheidungen = „Ja“)	Bei welchen Entscheidungen spielt der Klimawandel für Sie eine Rolle? (Mehrfachnennungen möglich)	Kinderwunsch / Karriereplanung / Sparverhalten / Haus- oder Wohnungskauf/ Weitere Entscheidungen: (offenes Antwortfeld)
Häufigkeit Gesprächsthema Klimawandel	Wie häufig sprechen Sie über das Thema Klimawandel mit Ihrer Familie, Ihren Freunden oder Kollegen?	Regelmäßig / Gelegentlich / Selten / Nie

Unterstützung für Politikmaßnahmen

Mit der Frage „Wie sehr unterstützen Sie folgende Politikmaßnahmen?“ wurde auf Basis einer Vier-Punkte-Likert-Skala (Starke Unterstützung, Eher Unterstützung, Eher Ablehnung, Ablehnung) die Unterstützung zu folgenden Maßnahmen erfasst:

Aussage
Der Staat sollte erneuerbare Energien wie Solar- oder Windenergie noch stärker fördern.
Fossile Energieträger sollten nicht mehr subventioniert werden.
Der Staat sollte strikte CO ₂ -Ausstoßlimits für Gas- und Kohlekraftwerke setzen. Die Kosten für Elektrizität können dadurch steigen.
Der Staat sollte den Ausbau von Windrädern massiv beschleunigen. Genehmigungsverfahren müssen hierfür verkürzt und der Mindestabstand zu Häusern verringert werden.
Die CO ₂ -Steuer auf fossile Brennstoffe im Verkehr und für Wärme sollte erhöht werden, sofern einkommensschwache Haushalte über ein Klimageld entlastet werden.
Fleisch- und Milchprodukte sollten teurer werden, um den klimaschädlichen Konsum zu reduzieren.
Inlandsflüge sollten eingestellt und stattdessen das Bahnnetz ausgebaut werden.
Die Regierung sollte einen Klima-Solidaritätszuschlag einführen, um zwischen sozial stärkeren und schwächeren Haushalten umzuverteilen.

Der Staat sollte ein Tempolimit von höchstens 130 km/h auf deutschen Autobahnen einführen.

Der Staat sollte klimafreundliches Verhalten (Umstieg auf E-Autos, Nutzung von Stadträdern oder Ausbau von Solaranlagen auf dem Dach) stärker subventionieren.

Lebensmittel und andere Konsumgüter sollten mit einheitlichen CO2-Angaben gekennzeichnet werden.

	Aussage	Antwortskala
Maßnahmen, die Entscheidungsfreiheit einschränken	Um den Klimawandel zu bekämpfen, akzeptiere ich auch Maßnahmen, die meine individuelle Entscheidungsfreiheit (z. B. beim Fleischkonsum oder Tempolimit) einschränken.	Stimme überhaupt nicht zu / Stimme eher nicht zu / Stimme eher zu / Stimme voll und ganz zu

Weitere Fragebogen-Items

Wir erheben eine Reihe von soziodemografischen Merkmalen, darunter Alter, Geschlecht, Bildung, Beschäftigungsstatus, Anzahl an Kindern, Parteipräferenz, Bundesland und monatliches Nettoeinkommen.

Zudem ermitteln wir die altruistische Disposition, die Geduld und reziproke Veranlagung der Befragten auf Basis eines etablierten und experimentell getesteten Maßes aus dem Global Preferences Survey.¹

¹ Falk, A., Becker, A., Dohmen, T., Enke, B., Huffman, D., & Sunde, U. (2018). Global evidence on economic preferences. Quarterly Journal of Economics, 133 (4), 1645–1692.

Mit dem **briq policy monitor** präsentiert das Bonner briq-Institut für Verhalten und Ungleichheit aktuelle Befragungsdaten und Forschungsergebnisse zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen, die mit den Themenschwerpunkten des Instituts zusammenhängen. Repräsentative Stichproben für die deutsche Bevölkerung und die Verwendung wissenschaftlich fundierter Methoden für die Fragebogenerstellung und Datenauswertung sorgen für eine hohe Aussagekraft und Belastbarkeit der Ergebnisse. Durch die Präsentation der Ergebnisse möchten wir den öffentlichen Diskurs bereichern und die politische Entscheidungsfindung unterstützen, ohne dabei bestimmte Positionen zu vertreten oder konkrete Maßnahmen zu empfehlen.

